

09.12.2015 - Pressemitteilung des VdK Bayern ----- ++  
Gesundheit muss für alle bezahlbar sein ++ ++ **VdK Bayern fordert ein sozial gerechtes  
Gesundheitssystem ++**

"Krankheit und Armut: Das ist ein Teufelskreis, aus dem immer mehr Menschen nicht mehr herausfinden", sagte VdK-Landesvorsitzende Ulrike Mascher auf der Jahrespressekonferenz des Sozialverbands VdK Bayern in München. Trauriges Beispiel hierfür ist die prekäre Situation der Erwerbsminderungsrentner, die aus gesundheitlichen Gründen früher aus dem Arbeitsleben ausscheiden müssen und ein Armutsrisiko von 37 Prozent aufweisen. Gerade die Ausgaben für Gesundheit steigen für Rentnerinnen und Rentner, chronisch Kranke und Menschen mit Behinderung immer weiter an. Aktuell kündigen große Krankenkassen wie die AOK und die TK an, ab 2016 die Zusatzbeiträge für ihre Versicherten weiter zu erhöhen. Die anderen Kassen werden folgen. "Diese Entwicklung ist symptomatisch dafür, woran unser **Gesundheitssystem kränkt: Es wird zunehmend sozial ungerecht**", kritisierte Mascher. VdK-Mitglieder berichten von häufigen Auseinandersetzungen mit Pflege- und Krankenkassen. Insbesondere bei Krankengeldbezug werde großer Druck von den Kassen aufgebaut. Patienten werden mit Entzug des Krankengelds bedroht oder in Richtung Erwerbsminderungsrente gedrängt. In diesem Zusammenhang erteilte Mascher den bekannt gewordenen Vorschlägen des Sachverständigenrats an Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe, eine "Teilerwerbsunfähigkeit" für Krankengeldbezieher einzuführen, eine klare Absage: "Das ist kein akzeptabler Weg, um Krankengeldkosten einzudämmen. Ein Versicherter ist gegenüber seiner Krankenkasse immer in der schwächeren Position. Der Druck auf langfristig Erkrankte wird durch solche Maßnahmen nur weiter steigen." Stattdessen empfahl sie den Ausbau von Prävention und Rehabilitation sowie ausreichend Therapieplätze für psychisch Erkrankte, um Krankengeldkosten dauerhaft zu reduzieren. Immer mehr Versicherte geraten in Bedrängnis, was ihre Gesundheitsausgaben betrifft. Um fünf Prozent steigen pro Jahr die Zuzahlungen und Eigenanteile für Patienten, während beispielsweise die Neurenten stetig absinken. Viele Medikamente wie Schmerzmittel, Salben oder Kreislauf Tropfen werden zwar teils vom Arzt verschrieben, müssen aber aus eigener Tasche bezahlt werden. Die Ausgaben für eine neue Brille oder für Zahnersatz sprengen bei vielen Rentnern das Budget, so dass viele auf solche wichtigen Anschaffungen verzichten. Auch hier zeigt sich ein großes Gefälle, denn die Altersarmut in Bayern wird immer größer: Die Armutsgefährdungsquote unter den Beziehern gesetzlicher Renten liegt im Freistaat bei 26,6 Prozent. "Da müssen viele an der Gesundheit sparen", weiß Mascher. In diesem Zusammenhang kritisierte sie, dass für Gesundheitsausgaben im Regelsatz für Grundsicherungsbezieher nur 17,36 Euro vorgesehen sind. Realistisch sind nach Verbraucherstichproben für Rentner 92 Euro pro Monat. "Die Regelsätze für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung müssen auf die Bedürfnisse dieser Betroffenen abgestimmt werden", forderte die VdK-Landesvorsitzende. **Armut führt auch zur gesundheitlichen Ausgrenzung. Mascher nannte hierfür ein Beispiel:** 12,50 Euro dürfen Inkontinenzprodukte pro Patient und Monat im Pflegeheim kosten. Wer nicht bis zu 100 Euro drauflegen kann, muss sich mit minderwertiger Qualität zufrieden geben - in diesem äußerst sensiblen Bereich der Körperhygiene. "Gesundheit muss nicht nur für alle bezahlbar, sie muss auch für alle erreichbar sein", führte Mascher weiter aus. Sie forderte die Staatsregierung auf, die gesundheitliche Infrastruktur im Flächenland Bayern zu verbessern. Als Beispiele nannte sie den Rückgang der Hausarztpraxen auf dem Land, den noch ungenügenden Ausbau der Palliativversorgung und die kaum vorhandenen Anlaufstellen für Pflegebedürftige und ihre Angehörige für Beratungs- und Entlastungsleistungen. VdK-Landesgeschäftsführer Michael Pausder stellte die Jahresbilanz 2015 für den Sozialverband VdK Bayern vor. ....